

Nationalrat
Conseil national
Consiglio nazionale
Cussegl naziunal



24.3023 s Mo. Caroni. Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz

Bericht der Kommission für Rechtsfragen vom 16. August 2024

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 15. und 16. August 2024 die von Ständerat Andrea Caroni am 26. Februar 2024 eingereichte und vom Ständerat am 12. Juni 2024 angenommene Motion vorberaten.

Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament die notwendigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten, mit denen die technischen Verbesserungen der Bundesgerichtsgesetzgebung gemäss bundesrätlichem Bericht vom 24. Januar 2024 in Erfüllung des Postulates 20.4399 («Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz») umgesetzt werden können.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, die Motion anzunehmen.

Berichterstattung: - (*Kategorie V*)

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Vincent Maitre

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stellungnahme des Bundesrates vom 1. Mai 2024
- 3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates
- 4 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten, um die technischen Verbesserungen der Bundesgerichts-Gesetzgebung gemäss seinem Bericht vom 2.12.2024 zum Postulat 20.4399 umzusetzen.

1.2 Begründung

Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 2.12.2024 zum Postulat Caroni 20.4399 «Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz» zahlreiche technische Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die einfach umzusetzen wären und unbestritten scheinen. Er hat dabei in Aussicht gestellt, hierfür eine Vernehmlassungsvorlage zu unterbreiten. Mit dieser Motion soll ihm hierfür der parlamentarische Auftrag erteilt werden.

In dieser Vorlage nicht weiterverfolgt sollen weitergehende, politisch umstrittene Elemente der gescheiterten BGG-Revision von 2018 oder Alternativen dazu, wie es auch der Bundesrat vorschlägt.

2 Stellungnahme des Bundesrates vom 1. Mai 2024

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates

Der Ständerat nahm die Motion am 12. Juni 2024 an.

4 Erwägungen der Kommission

Die Kommission hat zunächst Kenntnis genommen vom Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates Caroni 20.4399 («Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz»). In der darin vorgeschlagenen «kleinen Revision» des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) sind alle politisch unumstrittenen Änderungen der 2018 gescheiterten Vorlage enthalten. Diese betreffen beispielsweise den Abteilungsvorsitz, die Gerichtsbesetzung, die Mitteilung von Strafurteilen an die Opfer von Straftaten, die Verjährung von Ersatzforderungen bei unentgeltlicher Rechtspflege, die Sachverhaltsabklärung in Stimmrechtssachen oder die Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühr in besonderen Fällen. Wie der Ständerat spricht sich die Kommission für eine rasche Umsetzung dieser Massnahmen aus, mit denen die Situation und die Rechtssicherheit verbessert werden können. Sie ist sich allerdings bewusst, dass mit dieser bescheidenen Vorlage die Belastung des Gerichts nicht optimiert und das Problem der chronischen Überbelastung somit nicht gelöst werden kann. Die Kommission wartet in diesem Zusammenhang gespannt auf die für Ende 2025 in Aussicht gestellten Ergebnisse der Evaluation der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD).¹ Ausserdem hofft sie, dass die kürzlich erfolgte Reorganisation des Bundesgerichts, mit der die Anzahl ordentlicher Richterinnen und Richter von 38

¹ «Projekt der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) zur Analyse der Überlastung der kantonalen Strafverfolgungsbehörden», Medienmitteilung der KKJPD vom 12.4.2024



auf 40 angehoben wurde, bis dahin Wirkung zeigt. Die Kommission wird auf jeden Fall genau verfolgen, wie sich die Situation weiterentwickelt, und sich mit Sicherheit erneut mit dieser Problematik befassen.